

# Badische Politiker in der Weimarer Republik

Michael Kitzing

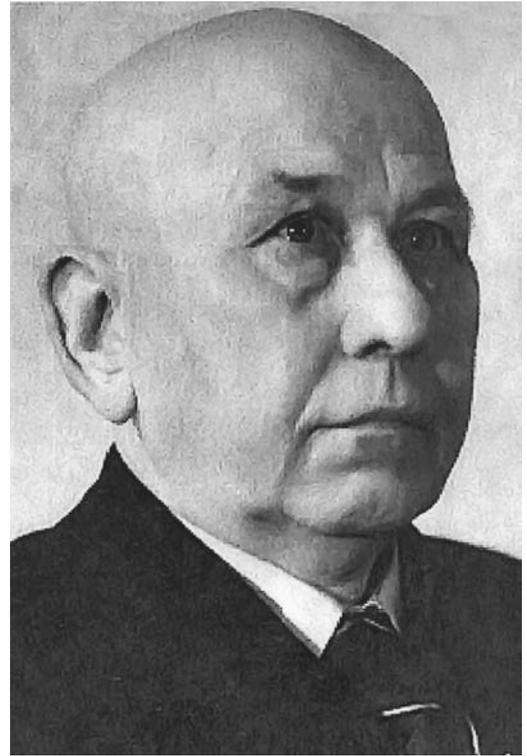
*»... dass Baden ... heute noch ein Bollwerk der Demokratie und Republik ist ... und dass die deutsche und die badische Republik in Baden fest verankert sind«<sup>1</sup>*

Der 16. Mai 1933 muss als einer der Tiefpunkte der badischen Geschichte angesehen werden. An diesem Tag wurden sieben Karlsruher SPD-Funktionäre auf einer öffentlichen Schaufahrt vom grölenden nationalsozialistischen Mob verhöhnt und anschließend ins Konzentrationslager Kislau deportiert. Unter den Opfern dieser nationalsozialistischen Inszenierung befanden sich u. a. der ehemalige badische Innenminister Adam Remmele sowie der ehemalige Justizminister und Staatsrat Ludwig Marum. Beide Männer hatten wesentlichen Anteil an der Formierung und Konsolidierung der ersten deutschen Demokratie in Baden und waren stets als konsequente Gegner des rechten wie linken Radikalismus hervorgetreten. Insbesondere Marum war den Nationalsozialisten verhasst, da er nicht nur Sozialdemokrat war, sondern auch aufgrund seiner jüdischen Abkunft, so dass er zu einem der ersten prominenten Opfer des NS-Unrechtssystems in Baden werden sollte.

Ludwig Marum<sup>2</sup> war am 5. November 1882 in Frankenthal als Sohn eines jüdischen Eisenhändlers geboren worden. Den Vater verlor er bereits im Alter von sieben Jahren; nunmehr siedelte er mit seiner Mutter nach Bruchsal über, wo er das Abitur mit glänzenden Noten abschloss. Zwischen 1900 und 1904 studierte er in Heidelberg und München Rechts-

wissenschaften. Vier Jahre nach Abschluss des Studiums erfolgte das zweite juristische Staatsexamen, anschließend ließ sich Marum als Rechtsanwalt in Karlsruhe nieder. Zu diesem Zeitpunkt war die Möglichkeit, in den Staatsdienst zu wechseln für Marum schon nicht mehr gegeben, da er seit 1904 der SPD angehörte. Der Eintritt in die Sozialdemokratie war, wie Monika Pohl herausgearbeitet hat, im Grunde genommen konsequent: Denn obwohl bereits seit den 1860er Jahren formal die Emanzipation der Juden abgeschlossen und mit Moritz Elstätter sogar ein Jude in Baden bis zum Finanzminister aufgestiegen war, sah sich Marum in seiner Studienzeit immer wieder antisemitischen Beleidigungen ausgesetzt. Wenn sich Marum nun der erstarken Arbeiterbewegung zuwandte, so verband er damit die Hoffnung, »dass die Demokratisierung in Staat und Gesellschaft endlich durchgesetzt werde, von der die Vollendung der Emanzipation, die tatsächliche Rechtsgleichheit (auch) der jüdischen Minderheit abhing«<sup>3</sup>. Innerhalb der Sozialdemokratie erwarb sich Marum schon bald den Ruf eines Pragmatikers, der einen reformistischen Kurs steuerte und wie die breite Mehrzahl der badischen Sozialdemokraten, die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie auf evolutionärem Wege anstrebte. Tatsächlich arbeiteten die badischen Sozialdemokraten bereits seit 1904 mit sämtlichen liberalen Parteien im Rahmen des so genannten Großblocks zusammen und konnten dabei tatsächlich eine Reihe von, zumindest kleinen Verbes-

serungen für die Belange des vierten Standes erreichen. Innerhalb der SPD stieg Marum sehr schnell auf. So erfolgte 1911 die Wahl in die Karlsruher Stadtverordnetenversammlung, bereits seit 1910 war Marum Vorsitzender des badischen Arbeitersängerbundes, dem die Funktion einer Vorfeldorganisation der sozialdemokratischen Partei zukam. Als Nachrücker für Ludwig Frank erfolgte 1914 die Wahl in den Landtag, wo er schon bald den Vorsitz der Justizkommission übernahm und neben Wilhelm Kolb zu den parlamentarischen Spitzen der SPD gehörte. Zudem galt er als Fachmann für Verfassungsfragen, wobei er für »die Einbürgerung der parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild gegen die konservative und reaktionäre Mehrheit der Deutschen«<sup>4</sup> warb. Freilich blieben die Bemühungen der SPD um eine innenpolitische Neuorientierung während des Ersten Weltkrieges erfolglos. Vor eine neue Situation gestellt sahen sich auch die Sozialdemokraten durch den Ausbruch, der auch für sie überraschenden Revolution im November 1918. Hierbei war es neben anderen auch Marum zu verdanken, dass diese in Baden weitgehend unblutig verlief und es schon bald zur Schaffung einer parlamentarischen Demokratie kam, während rätendemokratisches Gedankengut im Grunde keine Verwirklichungschance hatte. Bereits am 9. November kam es u. a. auf Marums Initiative zur Bildung einer Koalition unter Einschluss der liberalen Parteien wie auch des katholischen Zentrums. Diese Koalition bestand auch nach den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung als Weimarer Koalition fort. Anders als im Reich, wo die SPD im Grunde schon ab 1920 in die Opposition ging, blieb die SPD in Baden über weit mehr als ein Jahrzehnt in der Regierung »weil wir überzeugt sind, dass wir gemeinsam mit den Koalitionsgenossen in der



Adam Rimmel, Privatbesitz (Günter Wimmer), entnommen aus Günter Wimmer: Adam Remmele. Ein Leben für die soziale Demokratie. Ubstadt-Weiher 2009.

Regierung den Schutz der Republik, der Demokratie durchführen können ... Wir sind überzeugt, dass es das Verdienst der drei Koalitionsparteien ist, dass Baden mit als erstes der deutschen Länder heute noch ein Bollwerk der Demokratie und der Republik ist«<sup>5</sup>. Innerhalb der vorläufigen Volksregierung und schließlich der Regierung der Weimarer Koalition gehörte Marum neben Remmele und Heinrich Köhler zu den dominierenden Persönlichkeiten, zunächst als Justizminister (1918/19) und schließlich bis 1929 als Staatsrat (Minister ohne Geschäftsbereich). Zudem war Marum eines der parlamentarischen Schwergewichte der Weimarer Zeit. So gehörte er 1919 dem Verfassungsausschuss an, anschlie-



Ludwig Marum, Stadtarchiv Karlsruhe

ßend war er SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender im Finanzausschuss. Die Weimarer Koalition kann in Baden insgesamt als Erfolgsgeschichte beschrieben werden. Erreicht werden konnte u. a. die umfassende Elektrifizierung des Landes, damit verbunden der Bau des Schluchseewerkes und schließlich zahlreiche weitere Infrastrukturprojekte. Zugleich blieben dem Land politische Instabilität und bürgerkriegsartige Zustände erspart. Gleichwohl musste die SPD Zugeständnisse machen, auf Druck des Koalitionspartners Zentrum musste ein Lehrerbildungsgesetz angenommen werden, das Marum gegen seine Überzeugung für seine Partei im Landtag rechtfertigen musste.

Als Landtagsabgeordneter hat sich Marum insbesondere mit einigen rechtspolitischen Fragen beschäftigt. Nachdrücklich eingetre-

ten ist er für die Abschaffung der Todesstrafe wie auch für die vollständige Gleichberechtigung von Frauen. Für diese forderte er gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit wie auch den Aufstieg von Frauen beispielsweise im Justizwesen. Zudem ist Marum im Landtag als entschiedener Vertreter des demokratischen Rechtsstaates aufgetreten und hat immer wieder konsequent auf die Gefahren, die der jungen Demokratie von der extremen Rechten wie Linken drohten, aufmerksam gemacht und zum entschlossenen Handeln aufgefordert.

1928 ist Ludwig Marum in die Reichspolitik gewechselt. Insgesamt fünf Jahre hat er dem Deutschen Reichstag angehört, wobei er sich auch hier mit Fragen der Rechtspolitik auseinandergesetzt hat. Zugleich sah er sich in diesen Jahren immer wieder neuerlichen antisemitischen Beleidigungen ausgesetzt, gegen die er sich konsequent wehrte. »In seinen Reden artikulierte sich die Stimme eines selbstbewussten Judentums, das eine würdige Behandlung einforderte und seine Ehre öffentlich verteidigte«<sup>6</sup>. Als konsequenter Gegner der Nationalsozialisten erfolgte seine Verhaftung bereits nach dem 5. März 1933 und die bereits geschilderte demütigende Verschleppung ins Konzentrationslager Kislau. Hier wurde er am 29. März 1934 von den Nationalsozialisten heimtückisch ermordet. Die Behauptung, Marum habe Selbstmord begangen war bereits damals wenig glaubwürdig; trotz der Repressionen des NS-Staates fanden sich auf seiner Beerdigung 3000 Freunde des SPD Politikers ein, die auf diese Weise gegen das Unrechtssystem demonstrierten.

In seinen politischen Ansichten stimmte Adam Remmele weitgehend mit Ludwig Marum überein.

Adam Remmele wurde am 2. Weihnachts- tag 1877 in der Altneudorfer Mühle bei Hei-

delberg geboren<sup>7</sup>. Wie sein Vater lernte er in den neunziger Jahren das Müllerhandwerk in Ludwigshafen, um ab Mitte der 1890er Jahre nach einer längeren Wanderschaft in Ludwigshafen tätig zu sein. Hier trat Remmele sowohl der Müllergewerkschaft wie auch der SPD bei, wobei seine Ansichten sehr stark durch Christian Pfalzgraf, dem wohl bedeutendsten SPD-Politiker der Pfalz geprägt wurden. Wie die badischen Sozialdemokraten, so pflegte auch Pfalzgraf einen reformistischen Kurs und zielte dabei auf eine konkrete, schrittweise Verbesserung der Situation der Arbeiterschaft, während er gleichzeitig hochfliegende Theoriediskussionen ablehnte. Pfalzgraf war es auch, der seitens der sozialdemokratischen Ratsfraktion, freilich zunächst gegen Widerstände bei den bürgerlichen Parteien, die Berufung Remmeles zum Leiter des städtischen Arbeitsnachweises in Ludwigshafen durchsetzen konnte. In dieser Funktion gelang es Remmele durch sein organisatorisches Talent die anfänglichen Widerstände der bürgerlichen Parteien zu überwinden, so dass Oberbürgermeister Dr. Krafft ausdrücklich bedauerte, als Remmele 1906 nach zweijähriger Tätigkeit Ludwigshafen verließ und nach Altenburg wechselte, wo er einerseits als Funktionär für die Müllergewerkschaft tätig war, andererseits den Landesvorsitz der dortigen SPD übernahm.

Doch bereits 1908 kehrte Remmele in seine Heimat zurück, um als Redakteur bei der Mannheimer Volksstimme tätig zu werden. Zugleich engagierte sich Remmele seit 1911 als Mitglied des Mannheimer Stadtrates; sowohl als Kommunalpolitiker wie auch als Redakteur der Volksstimme hat Remmele auch in diesen Jahren weiterhin auf dem rechten Flügel der SPD gestanden, dies wurde deutlich, als es trotz der bedingten Zusammenarbeit zwischen SPD und liberalen Parteien vor

dem Ersten Weltkrieg zu Streiks im Mannheimer Hafengebiet, im Strebel-Werk und in der Holzindustrie kam. »Bei diesen Arbeitskämpfen versuchte die Volksstimme unter dem Einfluss Remmeles mäßigenden Einfluss auf die Arbeiterschaft auszuüben, was jedoch nicht immer gelang. Remmele glaubte eine vorsichtige Taktik bei den Arbeitskämpfen empfehlen zu müssen, da eine Eskalation nur auf Kosten der gesamten Arbeiterbewegung erfolgen könne«<sup>8</sup>. An seiner reformistischen Haltung hat Remmele auch während des Weltkrieges festgehalten, doch wurde diese Position keineswegs in der gesamten Mannheimer SPD geteilt. Insbesondere sein drei Jahre jüngerer Bruder Hermann entwickelte sich, als es 1917 zur Spaltung auch der Mannheimer Sozialdemokratie kam, zu einer der führenden Exponenten der Mannheimer Unabhängigen Sozialdemokratie<sup>9</sup>. In den folgenden Jahren sollte Hermann Remmele die Ausrufung einer Räterepublik befürworten und maßgeblich am kurzlebigen Experiment der Süddeutschen Räterepublik in Mannheim Anfang Februar 1919 beteiligt sein. Schließlich war Hermann Remmele einer der führenden Exponenten innerhalb der deutschen KP, der nach seiner Emigration in die Sowjetunion der stalinistischen Säuberungswelle zum Opfer fallen sollte. Durch die Haltung Hermann Remmeles wurde der »Bruderzwist innerhalb der Arbeiterklasse« in die Familie Remmele hineingetragen: Denn Hermann Remmele sah beim Ausbruch der Revolution eine »eigenständige revolutionäre Kraft mit politischem Monopolanspruch«, während Adam in den Räten lediglich »ein Kontroll- oder gar Hilfsorgan einer auch mit bürgerlichen Kräften zusammengesetzten Regierung« erblicken konnte<sup>10</sup>. Genau diese Haltung hat Adam Remmele eingenommen, als er im November 1918 in den Dreierausschuss der badischen Arbeiter-



Joseph Schofer,  
Erzbischöfliches Archiv Freiburg, Bildersammlung

und Soldatenräte gewählt wurde und in dieser Funktion an den Sitzungen der Vorläufigen Volksregierung teilnehmen konnte. Hier hat sich Remmele ganz klar für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie ausgesprochen und schon sehr bald zu erkennen gegeben, dass er bereit war, diese von ihm als richtig erkannte Staatsform sowohl gegen den rechten als auch gegen den linken Radikalismus, auch mit konsequenter Härte durchzusetzen. Nach den Wahlen zur badischen Nationalversammlung wurde Remmele zunächst zu deren Vizepräsidenten gewählt, um jedoch schon kurze Zeit später als Innenminister (bis 1929) ins badische Kabinett berufen zu werden. Neben dem Innenressort hat Remmele zudem 1925/26 und nochmals von 1929–1931 das Kultusministerium verwaltet, gleichzeitig hatte er 1929–1931 das Justizressort inne.

In der Amtszeit Remmeles als Innenminister wurde 1921 eine Gemeindereform und

zwei Jahre darauf eine Kreisreform erarbeitet. Wenig glücklich war sein Wirken als Kultusminister. Auf Druck des Koalitionspartners Zentrum musste er 1926 ein Volksschullehrerbildungsgesetz vorlegen, das weder ein akademisches Studium für die Volksschullehrer beinhaltete noch zur vollständigen Abschaffung der konfessionellen Lehrerbildung führte. An den Beginn seiner zweiten Amtszeit als Kultusminister fallen die Verhandlungen über die Ausarbeitung des badischen Konkordats. Diese wurden von Remmele dilatorisch geführt, was schließlich dazu führte, dass die Zentrumsparterie 1931 auf seine Verabschiedung drängte.

In Verbindung gebracht wird die Amtszeit Remmeles als Innenminister jedoch in allererster Linie mit dem konsequenten Kampf gegen den rechten wie linken Terrorismus. So war es Remmele, der bereits im Frühjahr 1919 konsequent gegen die linksradikale Mannheimer Räterepublik vorging, wobei sich der Minister zum Grundsatz einer wehrhaften Demokratie bekannte, die notfalls auch gewalttätig gegen ihre Feinde vorging: »Wir werden uns wehren und wenn es sein muss auch mit Maschinengewehren ... sollen wir uns mit verschränkten Händen den Hals abschneiden lassen?<sup>11</sup>« Mit gleicher Konsequenz hat Remmele den kommunistischen Putschversuch in Lörrach im September 1923 niedergeschlagen, was ihn freilich in linkssozialistischen Kreisen den Ruf eines »Bluthundes« einbrachte. Nicht minder konsequent ist Remmele jedoch auch gegen die Organisation Escherich, eine rechtsradikale Kampfgruppe, vorgegangen, genauso wie er sehr früh die von der NSDAP und Hitler ausgehende Gefahr erkannte. Mit Blick auf den Hitlerputsch stellte er 1923 fest: »Wer ist Adolf Hitler aus München? Meine Herren von Rechts! Ich will Ihnen sagen: wenn ich Zugriffsrechte hätte, würde ich diesen Herrn

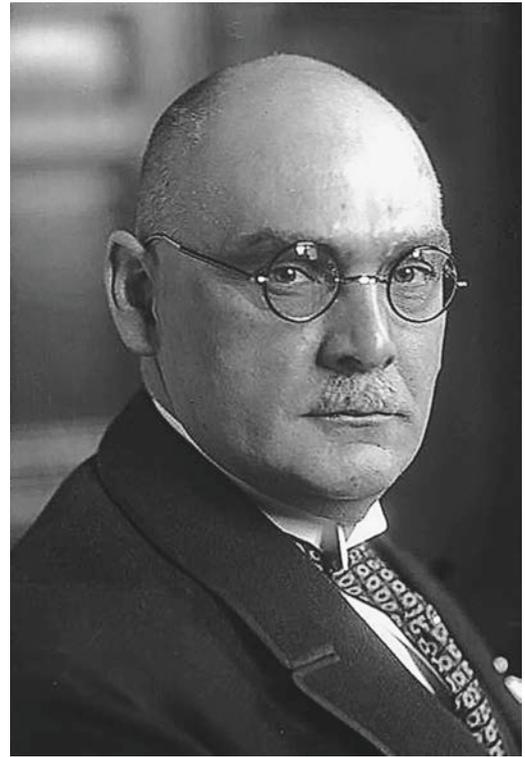
in eine Heil- und Pflegeanstalt schicken ...«<sup>12</sup>. Noch als Innenminister hat Remmele 1929 durch das Verbot nationalsozialistische Uniformen, Versammlungsverbote, Verbote von Kampfsporttruppen usw. dem aufkommenden Nationalsozialismus konsequent entgegengesteuert. Durchaus erfolgreich hat er als Justiz- und Kultusminister versucht, eine Unterwanderung des Staatsapparates durch die NSDAP zu verhindern.

Gerade deshalb war Remmele den Nationalsozialisten insbesondere verhasst und gerade deshalb wurde er 1933 verhaftet und durch Abspielen des Müllerliedes auf der eingangs geschilderten Schaufahrt verhöhnt. – Und dies obwohl Remmele bereits seit 1931 aus der badischen Politik und 1932 nach der Aufgabe seines Reichstagsmandates, gar keine politische Funktion mehr innehatte. Nach seiner Haftentlassung aus Kieslau war Remmele als selbständiger Kaufmann in Hamburg tätig, – da ihm eine Ministerpension nicht zuerkannt wurde.

Immerhin durfte Remmele das Ende von Weltkrieg und Diktatur erleben und konnte in den Jahren nach 1945 nochmals am Aufbau des deutschen Genossenschaftswesens mitwirken. Er ist 1951 in Freiburg verstorben.

Wurden mit Remmele und Marum bisher zwei sozialdemokratische Politiker vorgestellt, so sollen im Folgenden mit Joseph Schofer und Heinrich Köhler zwei Politiker der Zentrumsparterie portraitiert werden, war doch der politische Katholizismus mit Wahlergebnissen von durchschnittlich 36–37% in noch stärkerem Maße als die SPD (die durchschnittlich 20–22% erreichte) die prägende Kraft für die badische Landespolitik der zwanziger Jahre.

Der wohl bedeutendste badische Politiker der Weimarer Zeit war Joseph Schofer, der bereits von seinen Zeitgenossen als »ungekrönter Großherzog von Baden« apostrophiert



Heinrich Köhler, Bundesarchiv, Bild 102-06038/ CC-BY-SA

wurde<sup>13</sup>. Dabei stammte der 1866 geborene Zentrumsrepublikaner aus denkbar einfachen Verhältnissen. Als Sohn eines Holzarbeiters hatte er soziale Not durchaus kennen gelernt und konnte nur durch die Förderung von Dekan Lender zunächst dessen Bildungsanstalt und schließlich das Gymnasium in Rastatt besuchen. Nach dem erfolgreichen Abitur folgte das Theologiestudium in Freiburg und eine Tätigkeit als Vikar in Adelsheim. Anschließend war Schofer zunächst als Repetitor und 1903/04 als kommissarischer Leiter des Erzbischöflichen Konvikts tätig. Aufgrund seines politischen Engagements für die Zentrumsparterie versagte die nationalliberal geprägte Regierung jedoch die Bestätigung Schofers in dieser Position mit dem Ergebnis, dass dieser erst recht in die Politik wechselte und als Se-

ekretär an die Seite von Theodor Wacker, des Vorsitzenden der Badischen Zentrumspar- tei, trat und zugleich die Leitung des Volksver- eins für das Katholische Deutschland in Ba- den übernahm. In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg war Schofer nunmehr darum be- müht, die Wahlkämpfe der Zentrumspar- tei zu organisieren, wobei es insbesondere galt, katholisch geprägte Gebiete, die bisher noch nationalliberal gewählt hatten, zu gewinnen. Zugleich erwarb sich Schofer den Ruf eines volkstümlichen Schriftstellers, der pointierte Polemiken gegenüber den Nationalliberalen verfasste und die Ereignisse des badischen Kulturkampfes in volkstümlichen Worten breiteren Wählerschichten erläutern konnte. Seit 1905 war Schofer zudem Mitglied des Landtags, wo er die jährlichen Rechenschafts- berichte für seine Fraktion abfasste und ins- besondere für die Wiederzulassung von Klös- tern und gegen das Missionsverbot für Jesu- iten kämpfte.

Die Jahre des Ersten Weltkrieges verbrachte Schofer fast durchgehend an der Front, wo es ihm gelang, durch seine freundliche, zuwei- len unkonventionelle Art der Seelsorge und sein großes Verständnis für die Anliegen al- ler Soldaten, deren Anerkennung, ja Liebe zu gewinnen. Bei seiner Rückkehr nach Ba- den im November 1918 war Schofer zunächst geschockt über den Zusammenbruch des monarchischen Systems, nach kurzer Überle- gung jedoch ohne weiteres zur vorurteilslo- sen Mitarbeit im republikanischen Staatswe- sen bereit. Dabei sah es Schofer, wie Marum und Remmele auf der Seite der SPD, als Auf- gabe der späteren Weimarer Parteien an, das Kriegselend zu beseitigen, den harten Waffen- stillstand abzuschließen und die Konsolidie- rung des Landes in die Wege zu leiten. Zur Verwirklichung dieser Ziele galt es für Schofer, alte Vorurteile auch gegenüber der SPD hint-

anzustellen. Während Schofer die Haltung der gemäßigten Sozialdemokratie durchaus anerkannte, attackierte er die Vertreter der nationalen Rechten, die sich, wie er sich aus- drückte, in der Stunde der Gefahr aus dem Staub gemacht hatten, überaus scharf. Fol- glich trat Schofer konsequent für die Fortfüh- rung der Weimarer Koalition ein: So stimmte er mit der SPD auch in einer ganzen Reihe so- zialpolitischer Anliegen überein und betonte überaus stark die soziale Komponente des Christentums. – Freilich wollte er aber auch der Sozialdemokratie die Möglichkeit neh- men, sich als Oppositionspartei zu profilieren. Wenn auch Schofer der Weimarer Staatsform mehr als loyal gedient hatte, so hat er doch den stark unitarischen Zug in der Weimarer Reichsverfassung verurteilt. Zwar gestand er zu, dass in der Notsituation des Jahres 1919, als das Reich zu zerfallen drohte, Zugestän- dnisse an die Zentrale gemacht werden mus- ten, doch forderte er, spätestens ab 1922, dass man nun wieder einmal den Rechten der Länder stärker Rechnung tragen müsse, ge- nau so wie er wiederholt mit Besorgnis fest- stellte, dass die Reichsfinanzreform Erzber- gers zu einer immer stärkeren finanziellen Abhängigkeit vom Reich geführt habe. Auch die 1919 erfolgte Einführung der Verhält- niswahl wurde von Schofer kritisiert: Diese machte der Zentrumsprälat für die zuneh- mende Fragmentierung des Parteiensystems, den fehlenden Kontakt zwischen Abgeordne- ten und Wählerschaft und schließlich für den verstärkten Einfluss von Interessenverbänden verantwortlich. Folglich setzte sich Schofer erfolgreich für die Ausarbeitung einer Wahl- rechtsreform ein, in deren Rahmen Elemente der Persönlichkeitswahl mit der Verhältnis- wahl verbunden werden sollten.

Von Beginn an war Schofer ein klarer Geg- ner jedes politischen Extremismus, er war

ein Mann der versöhnlichen Töne, der innerhalb seiner Partei, wie auch der badischen Koalition stets ausgleichend und verbindend wirkte. Scharf verurteilt hat er bereits in den zwanziger Jahren auch alle rechtsextremen Putschversuche und Anschläge, so die Morde an Walter Rathenau und Matthias Erzberger, dessen politischen Kurs er auch gegen Angriffe innerhalb des Reichszentrums stets verteidigt hat. Dieser Haltung ist Schofer bis zu seinem Lebensende im Oktober 1930 treu geblieben. In seiner letzten Schrift hat er nochmals nachdrücklich vor »Hakenkreuz und Sowjetstern« gewarnt.

Neben dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Joseph Schofer, war es insbesondere Staatspräsident und Finanzminister Heinrich Köhler<sup>14</sup>, dem es gelang der Politik der Zentrumspartei wie auch der badischen Landespolitik insgesamt seinen Stempel aufzudrücken. Wie Schofer so stammte auch Köhler als Sohn eines Eisenbahners aus überaus einfachen Verhältnissen, so dass ihm ein höherer Schulabschluss verwehrt blieb. Nach der mittleren Reife war Köhler als Revisor im mittleren Dienst bei der Zollverwaltung tätig. Durch seine erste Gattin fand er den Weg zunächst in das katholische Vereinswesen seiner Heimatstadt Karlsruhe, in deren Stadtverordnetenversammlung er 1911 für die Zentrumspartei gewählt wurde. Zwei Jahre später gelang der Sprung in den Landtag, wo sich Köhler schon bald als Pressefachmann innerhalb der Fraktion Ansehen erwarb. Die ersten Jahre der Landtagstätigkeit Köhlers waren geprägt durch eine enge Zusammenarbeit mit Josef Wirth – beide forderten als junge Abgeordnete während des Weltkrieges eine verstärkte Zusammenarbeit ihrer Fraktion mit den Linksliberalen und dem gemäßigten Teil der SPD und setzten sich folglich für innere Reformen wie die Abschaffung des Klassen-

wahlrechts in den Kommunen ein. Mit dieser Forderung konnte sich Köhler freilich nicht durchsetzen, dafür jedoch bestimmte er nach dem Umsturz im November 1918 maßgeblich den Kurs seiner Partei:

Aufgrund seiner Initiative kam es zum Eintritt der Zentrumspartei in die Vorläufige Volksregierung, was anfänglich bei vielen älteren Zentrumsparlamentariern auf Unverständnis, ja Verärgerung stieß. Köhler hatte jedoch zu Recht erkannt, dass eine Mitarbeit der Zentrumspartei in der neuen Regierung alternativlos war, wenn man einerseits nicht landespolitisch isoliert werden wollte und um andererseits eine Radikalisierung der Revolution, ja einer möglichen Machtübernahme durch Kräften von USPD und Spartakusbund entgegentreten wollte.

In der Vorläufigen Volksregierung hat Köhler zunächst das Amt eines Pressereferenten im Innenministerium übernommen, bevor er bei der Regierungsumbildung 1919 schließlich zum Staatsrat und nach dem Wechsel Wirths in die Reichspolitik zum badischen Finanzminister aufstieg. Dieses Amt hat er sieben Jahre begleitet, bevor er im vierten Kabinett Marx im Jahr 1927/28 das Reichsfinanzministerium übernahm, womit er freilich aus der badischen Landespolitik ausschied. Zudem war Köhler 1923/24 sowie nochmals 1926/27 badischer Staatspräsident.

Die Amtszeit Köhlers als badischer Finanzminister war durch zwei Aspekte geprägt. Einerseits hatte sich Köhler ausdrücklich zum Ziel gesetzt, das katholische Element innerhalb der Staatsverwaltung zu stärken und katholische Bewerber, sofern diese über entsprechende Zeugnisse verfügten, in Spitzenstellungen der Staatsverwaltung zu bringen. Damit sollte ein Gegengewicht gesetzt werden zur vorangegangenen großherzoglichen Ära, in der Katholiken von der damals national-

liberal geprägten Regierung massiv benachteiligt worden waren.

Darüber hinaus verbinden sich mit der Amtszeit Köhlers große Infrastrukturprojekte. So wurde unter ihm die Elektrifizierung des Landes vorangetrieben, so dass das 1921 gegründete Badenwerk über ein umfangreiches Leitungsnetz verfügte, das im Norden bei Mannheim an die Leitungsnetze der RWE und am Hochrhein an die Leitungsnetze der Schweizerischen Kraftübertragungs-AG angeschlossen werden konnte. Mit Stolz konnte Köhler vor dem Landtag darauf hinweisen, dass die Netze des Badenwerkes somit einen wichtigen Bestandteil innerhalb eines gesamteuropäischen Stromnetzwerkes zwischen Nordsee und Gotthard darstellten. Zugleich wurde der Bau von Kraftwerken vorangetrieben, wobei es Köhler einige Mühe kostete seine Parteifreunde von der Notwendigkeit des Schluchseewerkes zu überzeugen, führten doch diese Bedenken auf dem Gebiet des Landschaft- und Umweltschutzes ins Feld. Neben dem Schluchseewerk bildete schließlich der Aufbau des Kalisalzburgwerkes in Buggingen eines, wenn nicht das Hauptprojekt Köhlers. Auch hier wurden erhebliche finanzielle Risiken in Kauf genommen, die sich am Ende jedoch auszahlten, konnten doch in Buggingen wichtige Mineralsalze für die Landwirtschaft gewonnen werden. Zuletzt hat Köhler auch die Verkehrsinfrastruktur gestärkt. So fällt in seiner Amtszeit der Bau der Dreiseisenbahn von Titisee nach Schluchsee, die zugleich die Zubringerbahn für die Baustelle bei der Errichtung des Schluchseewerkes darstellte.

Wenn auch Köhler in den Jahren 1928–32 nochmals für die badische Zentrumspartei für den Reichstag kandidierte, so verlor er doch spätestens nach dem Tod des mit ihm befreundeten Schofer maßgeblich an Einfluss

innerhalb der Partei wie auch der badischen Politik insgesamt.

Die Jahre des Dritten Reiches hat Köhler, wenn man so möchte, im inneren Exil verbracht, um 1945 auf ausdrücklichen Wunsch der Amerikaner an die Spitze der nordbadischen Landesverwaltung zu treten und um schließlich das Amt des württemberg-badischen Wirtschafts- und Finanzministers zu übernehmen. In dieser Funktion hat sich Köhler am Ende seines Lebens, nachdem er zunächst sämtlichen Südweststaatsplänen Widerstand entgegengesetzt hatte, schließlich für das Zusammengehen der Länder Württemberg und Baden eingesetzt. Auf die Abstimmungen der Jahre 1950/51 konnte Köhler keinen Einfluss mehr nehmen, da er am 6. Februar 1949 in Karlsruhe verstorben ist.

Joseph Becker hat Köhler als den »letzten Vertreter einer Generation badischer Politiker, die, im Erbe der 48er Revolution wurzelnd, einen eigenen Beitrag zur Gestaltung der ersten deutschen Republik geleistet haben«<sup>15</sup>, gewürdigt. Man möchte hinzu fügen, nicht nur zur ersten deutschen Republik hat Köhler einen Beitrag geleistet, sondern er gehört zu einer ganzen Reihe von badischen Politikern der Weimarer Zeit, die sich auch nochmals als Abgeordnete und Minister beim demokratischen Neuaufbau der Jahre nach 1945 engagiert haben.

---

#### Literatur

- 1 Ludwig Marum in der Landtagssitzung vom 22. Juni 1924.
- 2 Aus der umfangreichen Literatur zu Ludwig Marum seien genannt Monika Pohl: »Meine Freiheit können sie mir nehmen, aber nicht meine Würde und meinen Stolz«. Der Sozialdemokrat jüdischer Herkunft Ludwig Marum (1882–1934), in: David Seldner (Hrsg.): Jüdisches Leben in Baden von 1809–2009. Ostfildern 2009, S. 129–139;

- Monika Pohl: Ludwig Marum: Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1882–1919. Karlsruhe 2003; Monika Pohl: Ludwig Marum (1882–1934), in: Reinhold Weber/ Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005, S. 147–156; Joachim W. Storck: Ein Leben für Freiheit und Recht: Ludwig Marum – Der Schicksalsweg eines Bruchsaler Gymnasiasten, in: Bruchsal 24(1986). S. 4–20; Eberhard Wolff: Ein Justizminister, den die Nazis ermordeten: Zum 100. Geburtstag des badischen Sozialdemokraten Ludwig Marum, in: Haspel-Press 7.1982, 11. – Bl. 1–3; Detlev Fischer: Ludwig Marum (1882–1934), in: Ders.: Karlsruher Juristenportraits aus der Vorzeit der Residenz des Rechts. Karlsruhe 2004, S. 58–64.
- 3 Pohl: Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft (wie Anm. 2), S. 477.
- 4 Storck: Ein Leben für Freiheit und Recht (wie Anm. 2), S. 10.
- 5 Zit. nach Storck: Ein Leben für Freiheit und Recht (wie Anm. 2), S. 13.
- 6 Pohl: Ludwig Marum (1882–1934) (wie Anm. 2), S. 154.
- 7 Zu Adam Remmele vgl. Andreas Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen zum badischen Staatspräsidenten Adam Remmele (1877–1951), in: Schönauer Geschichtsblätter 3 (1983), S. 25–36; Günter Wimmer: Adam Remmele: ein Leben für die soziale Demokratie. Ubstadt-Weiher 2009; Günter Wimmer: Adam Remmele: ein Leben für die soziale Demokratie, in: Badische Heimat 91 (2011), S. 127–130; Gerhard Kaller: Adam Remmele, bad. Minister und Staatspräsident, in: Badische Biographien Band 2 (1987), S. 225–228; Hans-Georg Merz: Adam Remmele, in: NDB 21 (2003), S. 418–419.
- 8 Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen (wie Anm. 7), S. 32.
- 9 Zu Hermann Remmele vgl. Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen (wie Anm. 7), S. 33 f.; Christoph Clasen: Hermann Remmele, in: Badische Biographien 5 (2005), S. 233–235; Hermann Weber: Hermann Remmele, in: NDB 21 (2003), S. 419.
- 10 Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen (wie Anm. 7), S. 34.
- 11 Zit. nach Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen (wie Anm. 7), S. 35.
- 12 Zit. nach Cser: Vom Altneudorfer Müllergesellen (wie Anm. 7), S. 35; zum Kampf Remmeles gegen den Nationalsozialismus vgl. auch Hans Georg Merz (Bearb.): Der Nationalsozialismus im Vormarsch: Politische Versammlungen im Hochschwarzwald. Quellenmaterial für den Unterricht, in: Archiv Nachrichten Nr. 20 Mai 2000.
- 13 Zu Josef Schofer vgl. die liebevolle, auf breiter Materialbasis geschriebene Biographie: Pius Enderle: Dr. Joseph Schofer. Der ungekrönte Großherzog von Baden. Karlsruhe 1957; zu Schofer vgl. zudem: Clemens Siebler: Schofer, Joseph, rk. Geistlicher, Zentrumspolitiker, MdL, BB (1990) S. 244–47; Helmut Bender: Demokrat und Föderalist ... Politiker von vornehmer, selbstloser und sozialer Denkart; Joseph Schofer, Der ungekrönte Großherzog von Baden, in: Helmut Bender: »Badisches«. Waldkirch 1983. S. 162–179.
- 14 Zu Heinrich Köhler vgl. Joseph Becker: Heinrich Köhler in: Neue Deutsche Biographie 12(1979) S. 305/306 (online Fassung); URL: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118724207.html>, Joseph Becker (Hrsg.): Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes Heinrich Köhler (1878–1949). Stuttgart 1964; Joseph Becker: Heinrich Köhler, 1878–1949, Lebensbild eines badischen Politikers, mit dokumentarischem Anhang aus dem Nachlass, in: ZGO 110(1962/63) S. 417–490; Uwe Uffelman: Heinrich Köhler (1878–1949), in: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005. S. 225–232; Uwe Uffelman: Heinrich Köhler, in: Badische Biographien 4 (1996), S. 163–168.
- 15 Josef Becker: Heinrich Köhler (wie Anm. 14).



Anschrift des Autors:  
Michael Kitzing  
Samlandstraße 31  
78224 Singen a. H.